



Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 27.01.2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

in der ersten Sitzungswoche in diesem Jahr haben wir die sicherheitspolitischen Forderungen aus unserer Banzer Resolution in den Landtag eingebracht. Außerdem haben wir uns mit dem Baukindergeld beschäftigt und dazu einen Dringlichkeitsantrag eingereicht.

- Diese Woche im Plenum
- AG Junge Gruppe im Gespräch mit Jungen Unternehmern
- Unsere Anträge im Januar

Der Freistaat Bayern steigert die Förderung der Frauenhäuser in diesem Jahr um 20%. Dies ist sehr erfreulich. Näheres lesen Sie am Ende meines Newsletters.

Ich wünsche Ihnen nun wieder eine informative und gedeihliche Lektüre. Ihre Zuschriften und Anregungen zu meinem Newsletter freuen mich sehr, herzlichen Dank dafür.

Mit den besten Wünschen für ein entspanntes Wochenende grüße ich Sie freundlich
Ihr

Bernhard Seidenath

Diese Woche im Plenum

Für die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat die Innere Sicherheit seit jeher oberste Priorität. Wir begrüßen daher das von der Staatsregierung verabschiedete Sicherheitskonzept „Freiheit und Sicherheit durch Recht und Ordnung“. Darin wird deutlich, dass Bayern alles Notwendige für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tut. Beim Bund besteht hier aber noch Nachholbedarf. Daher bitten wir in einem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung, entsprechende Bundesratsinitiativen auf den Weg zu bringen.

[Zum Dringlichkeitsantrag Freiheit und Sicherheit durch Recht und Ordnung - Bayern handelt!](#)

Wohnraum ist gerade in den Wachstumsregionen Deutschlands nach wie vor Mangelware. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für ein Baukindergeld einzusetzen. Wir wollen, dass in der nächsten Legislaturperiode beim Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums in den ersten zehn Jahren für jedes Kind im Haushalt eine Förderung von 1.200 Euro pro Jahr gewährt wird.

[Zum Dringlichkeitsantrag Wohneigentum von Familien fördern](#)

Weitere Dringlichkeitsanträge:

[Zum Dringlichkeitsantrag Bericht zur Gültigkeit von Gemeinderatsbeschlüssen zur Aufstellung eines gemeinsamen Teilflächennutzungsplans „Verbindungsbahn Grasgehren – Balderschwang“](#)

[Zum Dringlichkeitsantrag Umgang mit der Wolfspopulation in Bayern](#)

[Zum Dringlichkeitsantrag Lohnfortzahlungsersatz für Arbeitgeber, die ehrenamtliche](#)

[Einsatzkräfte im Rettungsdienst oder Katastrophenschutz für Fortbildungen freiwillig freistellen](#)

AG Junge Gruppe im Gespräch mit Jungen Unternehmern

Intensive Diskussionen über aktuelle politische Themen haben diese Woche die Mitglieder der AG Junge Gruppe mit Vertretern des Verbands der Jungen Unternehmer Bayern geführt. Vier Themenkomplexe standen auf der Agenda: Wirtschaft, Soziales und Arbeit, Integration, Bund und Europa. „Gerade Europa ist für uns Unternehmer ein sehr wichtiges Thema“, bekräftigte Stefan Friedrich, der Landesvorsitzender der Jungen Unternehmer.

Der Mindestlohn und die Arbeitszeitflexibilisierung wurden von den jungen Unternehmern genauso angesprochen wie die Eurostabilität und die Notwendigkeit einer Obergrenze beim Zuzug nach Deutschland. „Gerade vor dem Hintergrund von Brexit und Abschottungstendenzen der USA ist es für die Junge Gruppe umso wichtiger, im direkten Austausch mit den jungen Unternehmern am Puls zu bleiben“, sagte Dr. Martin Huber, der Vorsitzende der AG Junge Gruppe. „Wir sind die, die am längsten mit den politischen Entscheidungen, die heute gefällt werden, zurecht kommen müssen“, sagte Maximilian Roos, der Vorsitzende der landespolitischen Kommission des Verbandes die Jungen Unternehmer.

Unsere Anträge im Januar

Eine Übersicht über alle Anträge finden Sie [hier](#).

Die Woche in Bildern

Impressionen aus dieser Sitzungswoche finden Sie in unseren Bildern der Woche.

[Zur Bildergalerie](#)

Zahl der Woche: 6

Weitere Bahnhöfe in Bayern werden barrierefrei! Im Rahmen des Zukunftinvestitionsprogramms können bis spätestens 2020 sechs weitere Bahnhöfe mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern barrierefrei ausgebaut werden. Der Bund hatte die Länder im vergangenen Herbst um Nachmeldungen gebeten, nachdem er seinen Anteil von 50 auf 80 Millionen Euro erhöht hatte. Konkret geht es um die Stationen Eichstätt Stadt, Neumarkt St. Veit, Waging, Oberkotzau, Weilbach und Gersthofen.

[Weitere Informationen](#)

Staatliche Förderung von Frauenhäusern

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018, den der Landtag am 13., 14. und 15. Dezember 2016 beschlossen hat, ist ein Zukunftsatlas für Bayern, der die Bürgerinnen und Bürger Bayerns in eine gute Zukunft führen wird. Schwerpunkte werden gesetzt bei Bildung, bei Innerer Sicherheit und beim Schuldenabbau.

So baut der Freistaat in den nächsten beiden Jahren weiter Schulden ab: jedes Jahr eine halbe Milliarde Euro. Von den insgesamt mehr als 117 Milliarden Euro für die Jahre 2017 und 2018 fließen zusätzliche Mittel aber auch in die Sicherheit: Bis 2020 werden zusätzlich 2.000 Polizeistellen geschaffen, davon allein die Hälfte im neuen Doppelhaushalt. Unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhalten 2017 knapp 9 Milliarden Euro. Damit sorgen wir für solide Gemeindefinanzen in ganz Bayern. Daneben wird jeder dritte Euro in Bildung fließen. Insgesamt hat Bayern nun schon zum 12. und 13. Mal in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden verabschiedet. Dieser Haushalt ist die Grundlage für die erfolgreiche Weiterentwicklung Bayerns und ein Zeichen unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

Vor diesem Hintergrund ist die Kritik am Haushalt, die seitens der SPD-Landtagsfraktion geäußert wurde, unberechtigt. Dies gilt gerade für den Bereich der Förderung von Frauenhäusern, denn hier gibt es eine überaus positive Entwicklung:

Die staatlichen Fördersätze für die Frauenhäuser wurden (seit Erlass der Förderrichtlinie im Jahr 1993 erstmals) zum 01.01.2009 um 13,13 v.H. erhöht, d.h. der Grundförderbetrag erhöhte sich damals von 14.320 € auf 16.200 €. Insgesamt werden die 38 staatlich geförderten Frauenhäuser in Bayern seit 2009 jährlich mit 951.750 € staatlich bezuschusst. Bis ins abgelaufene Jahr 2016 gab es hier keine Veränderungen.

Für das Jahr 2017 erhöht sich der Grundförderbetrag nun aber auf 19.400 €; dies entspricht einer Erhöhung der Fördersätze um 19,75 v.H., d.h. knapp 20%!

Die Mittel für die Frauenhäuser und ihre Erhöhung wurden allein durch die Stimmen der CSU-Fraktion beschlossen, darunter Anton Kreitmair und ich als Vertreter des Landkreises Dachau. Die SPD Fraktion hat den Staatshaushalt dagegen insgesamt abgelehnt.